



Zinsen für Staatsschuld schon jetzt höher als Schulbudget

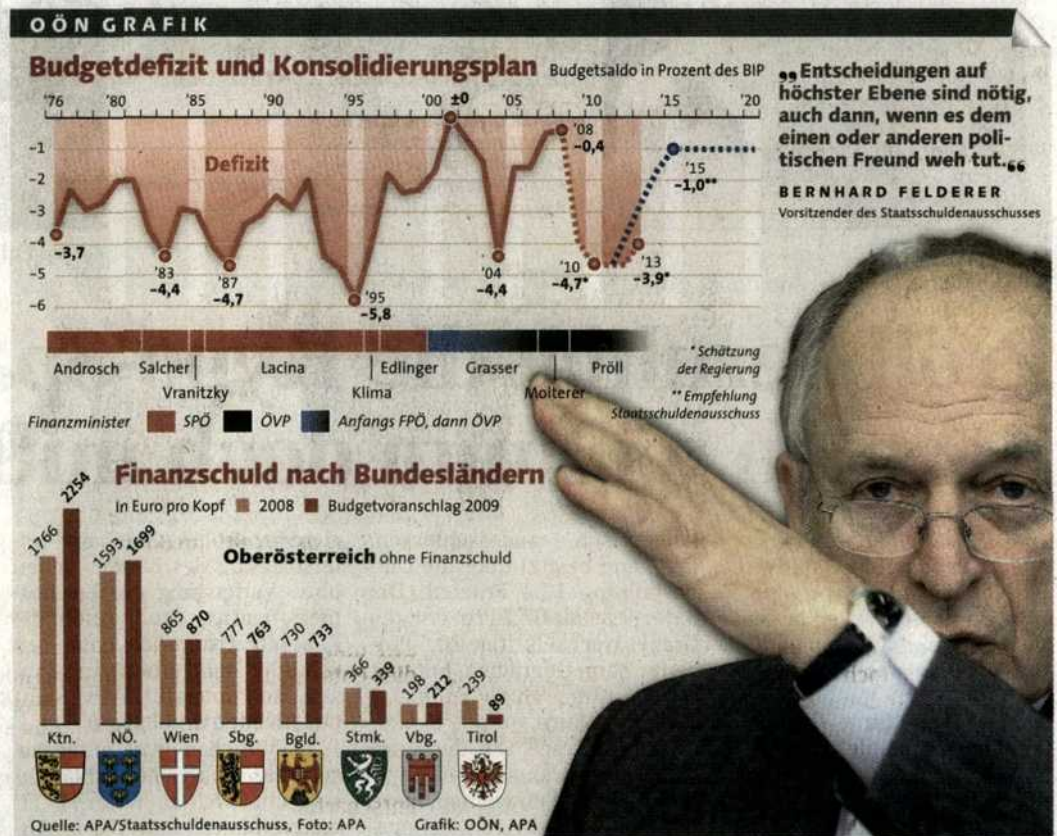
WIEN. Der Staatsschuldenausschuss fordert von der Regierung schon im ersten Halbjahr 2010 ein Sanierungskonzept für das Budget. Sonst drohen noch höhere Zinszahlungen für die Staatsschuld.

Bisher sieht Bernhard Felderer, Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses und Chef des Instituts für Höhere Studien IHS, wenig Spareifer seitens der Regierung. Die Arbeit in der Verwaltungsreform-Arbeitsgruppe habe bisher „nur bescheidene Ergebnisse erbracht“, sagte Felderer gestern bei einem Pressegespräch in Wien.

Felderer forderte die Regierung auf, spätestens im ersten Halbjahr 2010 ein Reformkonzept auszuarbeiten, das ab 2011 umgesetzt werden kann. Sollte ein glaubwürdiges Konzept zum Abbau der Schulden ausbleiben, dann drohen Österreich laut Felderer höhere Zinsen. „Wenn wir das nicht tun, werden wir durch Aufschläge in der Refinanzierung der Staatsschulden bestraft werden“, warnte der Wirtschaftsforscher.

Er verwies darauf, dass die Zinszahlungen auf die österreichische Staatsschuld mit 7,9 Milliarden Euro schon heuer das gesamte Schulbudget des Bundes (7,3 Milliarden Euro) übersteigen werden.

Nachdem der Schuldenstand 2007 erstmals seit dem EU-Beitritt knapp unter der von Brüssel vorgegebenen Grenze



von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken war, wird er wegen der Wirtschaftskrise im kommenden Jahr bereits wieder bei 73,9 Prozent liegen.

Ein Schuldenabbau wird laut den Prognosen des Staatsschuldenausschusses nur bei äußerster Budgetdisziplin und hohem Wirtschaftswachstum möglich sein und selbst dann Jahrzehnte dauern.

Felderer kritisiert aber, dass die Sparvorschläge der Verwaltungsreform-Experten in der Politik bisher auf taube Ohren gestoßen sind. Nun seien aber „Entscheidungen auf höchster Ebene nötig, auch dann, wenn es dem einen oder anderen Parteifreund weh tut“. Die Expertengruppe, der er selbst angehört, werde sich daher demnächst an die Öffentlichkeit wenden und auf mehr Bewe-

gung drängen. „Wir möchten gerne, dass das ernst genommen wird.“

Steuererhöhungen kann sich Felderer nur dann vorstellen, wenn alle Sparvorschläge zum Schuldenabbau nicht reichen. Er verweist darauf, dass Österreich mit 44 Prozent bereits jetzt die vierthöchste Abgabenquote der EU habe. Daher müsse nun bei den Ausgaben gespart werden.